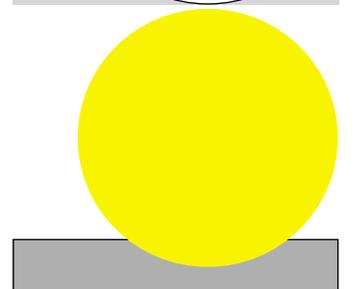
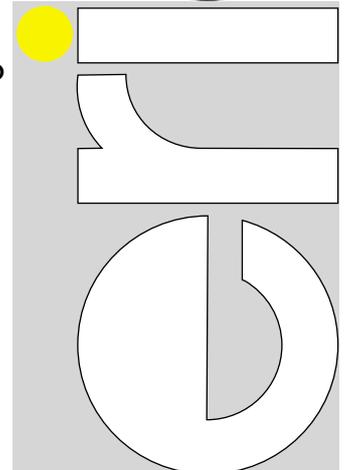
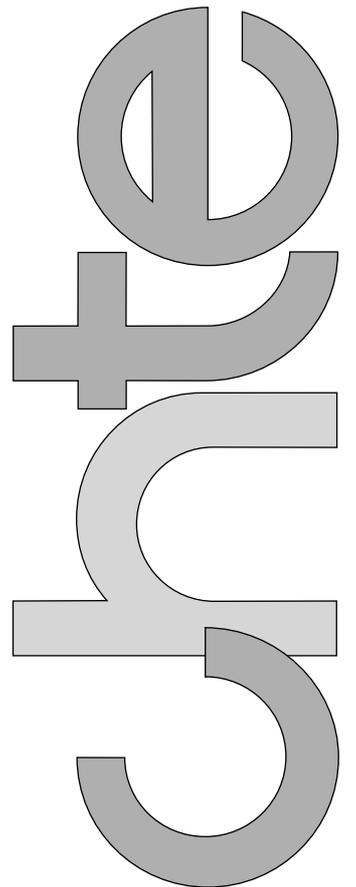
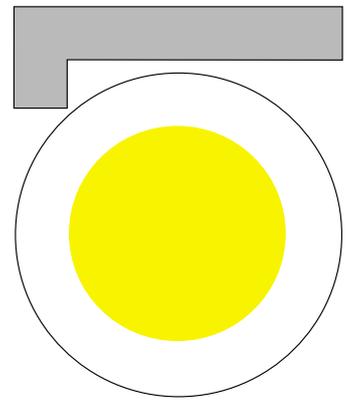




Deutsches Institut für Urbanistik

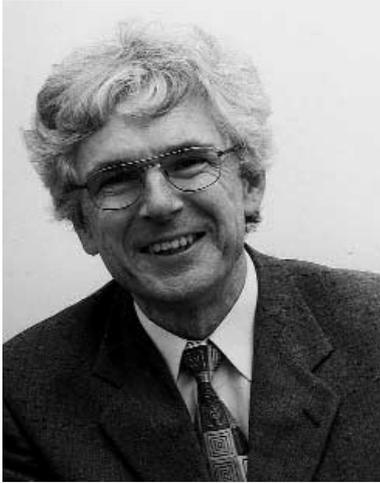
Inhalt:

- Standpunkt: Städterankings 2
- Privatisierung und Wettbewerb in der Abfallwirtschaft 4
- Seminarbegleitende Bibliographien 5
- Flächenrecycling als kommunale Aufgabe 6
- Fort- und Weiterbildung in der Kommunalverwaltung 8
- Auf dem Weg in die Nonstop-Gesellschaft 9
- Einkaufen mit oder im Netz? 10
- Kommunale Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland 11
- Flüchtlinge in den Städten nach 1945 12
- Online-Shopping und Stadtentwicklung 13
- Förderung von Wohneigentum in deutschen Städten 16
- Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten 17
- Difu-Diskurse zur Stadtentwicklung:
Kommunale Entscheidungsträger im Gespräch 18
- Jugendhilfe und Verwaltungsreform 18
- Impressum 19
- Bestellschein 20



And the winner is...

Standpunkt: Städte-Rankings



Städtevergleiche – Rankings – sind zurzeit in Mode. Auflagenstarke (Wirtschafts-)Magazine beauftragen kommerzielle Büros mit der Durchführung und konkurrieren mit den Ergebnissen um die Aufmerksamkeit der Leser. Was ist davon aus Sicht der Städte zu halten? Dieser Frage geht Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding im „Standpunkt“ der aktuellen Berichte-Ausgabe nach.

Zunächst stellt sich die Frage nach den Zielgruppen, auf die sich diese Ranking-Flut richtet:

- Die Wirtschaft steht, unter anderem durch Liberalisierung und Globalisierung, in einem intensivierten Wettbewerb. Unternehmen müssen permanent ihre Chancen sondieren. Vor allem für solche mit mehreren Standorten, z.B. Handelsketten, stellt sich dabei auch die Frage: Wo sind Kapazitäten aufzubauen, wo einzuschränken? Informationen über spezifische Rahmendaten eines Standorts sind hier essenziell. Die Relevanz dieser Überlegungen für lokale Arbeitsmärkte und Steuerquellen zwingt Städte und ganze Regionen in einen Wettbewerb der Entwicklung hoher Standortqualitäten. Sie müssen Schwächen ausbügeln, Stärken verstärken.
- Bürger wählen den Wohnstandort nach ihren speziellen Erwartungen an Lebensqualität. Und auch wenn gerade keine solche Entscheidung anliegt, interessiert es sie, wo ihre Stadt, mit der sie sich identifizieren wollen, im interregionalen Vergleich steht. Rankings sind ein Informationsangebot vom Typ der vertrauten Fußballtabellen. Verantwortliche Stadtpolitiker, die im politischen Wettbewerb stehen, müssen auf gute Platzierung bedacht sein.

Es sind also letztlich die Wahlmöglichkeiten von Unternehmen und Bürgern in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die Aufmerksamkeit der Stadtpolitik für Rankings erzwingen.

Ob man nun oben oder unten im Ranking platziert ist – in jedem Fall sollte man versuchen, sich von der Überschätzung der quantifizierten Informationen freizumachen und sich ein eigenes Urteil über deren Aussagekraft zu bilden (auch wenn dies nicht immer einfach ist). Dazu ein paar systematische Anregungen:

- **Gegenstand.** Es macht aus der Perspektive der Verantwortlichkeit einen großen Unterschied, ob die Stadtverwaltung selbst Gegenstand der Bewertung ist oder die Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum. Das Ranking „Deutschlands unternehmerfreundlichste Stadt“ („Impulse“, September 2000) sagt etwas anderes aus als eine Suche nach

„Boomtowns“ mit „Wirtschaftsprognosen bis 2007“ („Capital“ 7/2001).

- **Datentyp:** Alle Rankings basieren auf Daten. Deren Spektrum reicht von „harten“, „objektiven“ Daten (wie Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosenquote), die aus amtlichen statistischen Quellen ermittelt werden können, bis zu „weichen“, „subjektiven“ Daten, wenn etwa ein Unternehmer nach seiner Meinung über die „Flexibilität“ seiner Stadtverwaltung gefragt wird („Geben Sie Schulnoten zwischen 1 und 5!“). Solche Urteile setzen im Übrigen keine Urteilsbegründungen voraus und verraten oft mehr über (unrealistische) Anspruchsniveaus der Befragten als über die Qualität der Verwaltung.
- **Methodische Standards:** Vor allem bei Befragungen beeinflusst deren Anlage die Qualität der Ergebnisse. Oft sind schon die Stichprobengrößen statistisch unzureichend. Dies gilt für „harte“ Daten (Messpunkte der Lärmbelastung) wie für „weiche“ Daten.
- **Aussagekraft von Skalen:** Es ist auffällig, wie nahe die Städte oft in ihren quantitativen Werten beieinander liegen. Wenn von 25 untersuchten Städten die „erste“ die Note 2,3 und die „letzte“ 2,8 erreicht, kann man natürlich trotzdem eine saubere Rangreihe bilden, nur sagt sie uns unter Beachtung der Messfehler und Streuungen eher wenig.
- **Aggregation:** Wenige Rankings basieren auf einer einzigen Variable. Selbst wenn es „nur“ um „die teuerste Stadt der Welt“ geht, muss ein Warenkorb gebildet werden mit Whisky, Lippenstift und Tennisclubbeiträgen. Dafür gibt es Usancen. Wie aber ist es mit der Messung der „Lebensqualität“? Zur Erreichung der bei Rankings erforderlichen Eindimensionalität müssen Durchschnittslöhne, Grünflächen und Kulturangebot gewichtet werden. Jede Umgewichtung führt dann zu einer neuen Rangreihe. Die Plausibilität ist aber immer dieselbe.
- **Zeitbezug:** Rankings bieten meist Zeitpunktinformationen statt Auskunft über Entwicklungen, die viel eher auch prognostisch belastbar wären. Falls ein Unternehmen tatsächlich Standortent-

scheidungen von dergleichen abhängig machen wollte, sollte es da nicht eher auf Zukunfts- als auf Gegenwartsdaten bauen?

- **Kausalität:** Damit sind wir Schritt für Schritt von den Datenproblemen zu den Interpretationsproblemen gekommen. Sind die Sterbefälle pro 1000 Einwohner hoch wegen der schlechten Luft oder wegen der guten Luft, die auch Investitionen in viele Altenheime angezogen hat? Das Ranking selbst legt implizit meist eine Interpretation nahe, ohne auf die Ursache-Wirkungs-Ketten explizit einzugehen. Diese aber sind besonders wichtig, wenn Stadtspitzen aus den Ergebnissen Schlussfolgerungen für die Qualität des Verwaltungshandelns und schließlich Schlussfolgerungen für eigene Maßnahmen ableiten wollen. Hier bieten Rankings lediglich erste Anhaltspunkte für eigene Recherchen.

Rankings fordern die Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung und ihrer Spitze, weil sie da sind. Sie induzieren kritische Anfragen der Presse, des Bürgers oder des politischen Gegners. Die oben aufgeführten Punkte sind Elemente eines Prüfrasters, mit dessen Hilfe die Aussagekraft von Rankings einschätzbar ist. Um dieses Raster anwenden zu können, müssen aber mindestens Datenquellen und Aggregationsregeln transparent sein. Schon daran hapert es in den erwähnten Magazinen häufig.

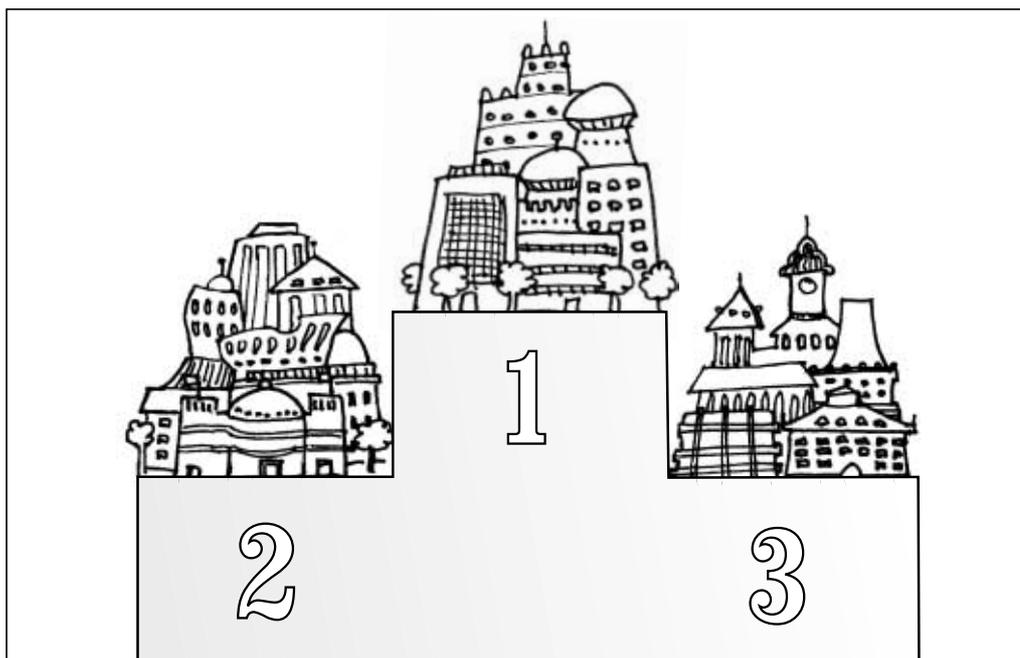
Die Aussagekraft vorliegender Rankings ist uneinheitlich: von solide bis dubios. Sie ist sicher besser für die Wirtschaftskraft einer Region als für die Lebensqualität oder

gar für die Unternehmensfreundlichkeit der Verwaltung, besser zur Einschätzung der Vergangenheit als der Zukunft, besser verwertbar für die Unternehmen und Bürger zur Beeinflussung ihres Handelns als für die Verwaltung selbst. Diese kann aus Rankings nur wenig lernen.

Zwar dringt im Zuge der Verwaltungsmodernisierung der Gedanke des „Benchmarking“, des professionellen Vergleichs mit den Besten, zunehmend auch in die öffentliche Verwaltung ein. Aber von der Wahrnehmung eines Rangplatzes bis zur Entwicklung einer Strategie ist es ein weiter Weg. Das Lernen von Vorreitern ist mit Hilfe von Rankings kaum möglich.

Da hilft im Übrigen die Beteiligung an qualifizierten Wettbewerben, wie sie zunehmend von staatlichen Behörden, von Stiftungen, ja Unternehmen durchgeführt werden, weit mehr. „TAT-Orte“, „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“, „Stadt 2030“ sind Beispiele, bei denen das Difu sein Know-how in die Entwicklung und Auswertung von Wettbewerben eingebracht hat. Sie führten zu vielen Siegern, weil man in verschiedene Richtungen exzellent sein kann. Und ihre größte Stärke entfalten Wettbewerbe, wenn sie zu einem kontinuierlichen Informationsaustausch in dauerhaften Netzwerken führen. Diese Mischung aus Konkurrenz und Kooperation hilft allen zur Verbesserung ihrer Lage – ein Ergebnis, das der Welt der Rankings mit ihrer Nullsummen-Mentalität fremd ist.

Heinrich Wädling



Grafik: Eva Hernández

Privatisierung und Wettbewerb in der Abfallwirtschaft

Kommunale Hausmüllentsorgung vor neuen Herausforderungen



Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) hat mit der Reduzierung der Überlassungspflichten auf Beseitigungsabfälle und den Regelungen zur Übertragung der Entsorgungspflichten auf Dritte nicht nur der formellen Privatisierung von Teilen der Abfallentsorgung „Auftrieb gegeben“. Weitergehende Forderungen richten sich nicht mehr ausschließlich auf die Beseitigung hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle. Auch die nach geltendem Recht „letzte Bastion“ der kommunalen Zuständigkeit, die Hausmüllentsorgung, ist in der Diskussion.

Während sich in der Abfallwirtschaft der Konflikt zwischen ökonomischen Interessen auf der einen und ökologischen Anforderungen sowie gemeinwohlorientierten Erfordernissen auf der anderen Seite zuspitzt, wird der Handlungsrahmen zunehmend von der Umwelt- und Wettbewerbspolitik der Europäischen Union (EU) bestimmt. Die Abgrenzung der Entsorgungszuständigkeiten, die Qualifizierung als Verwertungs- und Beseitigungsabfälle, aber auch das Verhältnis und die Gewichtung von europäischen sowie nationalen Umwelt- und Wettbewerbsprinzipien spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Angesichts dieser komplizierten Bedingungen – mit beträchtlichen Auswirkungen für die an der Abfallwirtschaft beteiligten öffentlichen und privaten Akteure – fand im November 2000 in Berlin eine gemeinsame Fachtagung der kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) statt. Im ersten Teil der Veranstaltung mit dem Titel „Privatisierung und Wettbewerb in der Abfallwirtschaft. Kommunale Hausmüllentsorgung vor neuen Herausforderungen“ befasste man sich grundsätzlich mit den aktuellen und künftigen Rahmenbedingungen der Hausmüllentsorgung. Im zweiten Teil wurden unterschiedliche Möglichkeiten für eine Beteiligung privater Unternehmen an der Entsorgung des Hausmülls zur Diskussion gestellt. Die schriftlichen Fassungen von Vorträgen, Vortragsmaterialien sowie thematisch „passenden“ Fachaufsätzen wurden in einem Tagungsband zusammengestellt, der im Juli in der Difu-Reihe „Materialien“ erschienen ist.

In den ersten beiden Beiträgen skizzieren Manfred Breitenkamp und Ralf Bleicher aus unterschiedlichen Blickwinkeln und mit teilweise unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen das gesamte Veranstaltungsthema. Während ersterer als Stadtstaatvertreter auf die aktuelle Situation eingeht, dabei unter anderem die Probleme beim „richtigen“ Umgang mit dem KrW-/AbfG schildert und die jüngsten Lösungsvorschläge der Länder in Erinnerung bringt, geht Bleichers Blick zurück bis zum Beginn des letzten Jahrzehnts; eine Zeit, in der nicht wenige Fachleute die Sorge um ausreichende Entsorgungskapazitäten umtrieb.

Sowohl der Aufsatz von Florian Ermacora als auch das Vortragsmaterial von Otto Linher befassen sich hauptsächlich mit den von der EU gesetzten rechtlichen Rahmenbedingungen. Diese sind letztlich der Dreh- und Angelpunkt für die Ausgestaltung der Abfallwirtschaft in sämtlichen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft. Beide EU-Vertreter schlagen einen Bogen, der von der weit gefassten gemeinschaftlichen Abfallddefinition, über Aspekte der Abfalldeponierung und -verbrennung bis hin zu den entsorgungsbezogenen und produktbezogenen EU-Richtlinien reicht.

In Helmut Schnurers Beitrag wird die Haltung des Bundes zum Umgang mit der Hausmüllentsorgung umrissen. Dabei wird an die zentralen Ergebnisse der 55. Umweltministerkonferenz erinnert und darauf verwiesen, dass der Bund gegenüber den Bundesländern jüngst unterstrichen hat, dass Haushaltsabfälle nach geltendem Recht überlassungspflichtig sind. Schnurer verdeutlicht auch, dass nach seiner Einschätzung mit einer Liberalisierung bei der Entsorgung des Hausmülls beträchtliche Missbrauchsrisiken verbunden sind; befürchtet werden etwa zusätzliche Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Helge Wendenburg geht aus Ländersicht unter anderem auf die gravierenden Probleme ein, welche durch einen „verquasteten Abfallbegriff, der ideologisch Verwertung über alles stellt“, entstanden sind (ganz zentral der Sog von Billigdeponien). Er zeigt die Folgen auf, mit denen die kommunale Abfallwirtschaft konfrontiert wird und hält mit Blick auf einen besseren

Handlungsrahmen eine Reihe von Klarstellungen im KrW-/AbfG für unerlässlich. Rainer Billigmann vertritt wiederum die These, dass es eigentlich keine Abfälle zur Beseitigung gibt und kritisiert auf der Tagung die jüngsten Vorschläge der Länder für eine Lösung des Dauerproblems einer Abgrenzung zwischen Abfällen zur Beseitigung und solchen zur Verwertung. Aus seiner Sicht erfolgversprechende Auswege skizziert Billigmann im Zusammenhang mit der Vorstellung mehrerer Strategieansätze; unter anderem wird dort der verstärkte Einsatz inzwischen ausgereifter Trenntechniken vorgeschlagen.

Die Beiträge von Alexander Schink, Norbert Portz und Bernice Garlick gehen auf unterschiedliche Möglichkeiten für eine Beteiligung privater Akteure an der Hausmüllentsorgung ein. Schink befasst sich in seinem Aufsatz mit der Pflichtenübertragung nach § 16 Abs.2 KrW-/AbfG. Auffallend ist der bislang sehr zögerliche Einsatz dieses Instruments. Schink geht den Ur-

sachen dafür nach und stellt Lösungen für die auftretenden Anwendungsprobleme zur Diskussion. Portz stellt die Vergabe von Entsorgungsleistungen vor und geht dabei auf eine ganze Reihe von rechtlichen Fragen und Verfahrensaspekten ein. So etwa auf die Festlegung der EU-Schwellenwerte, die Wahl der Vergabeart (mit dem Vorrang der öffentlichen Ausschreibung), den Grundsatz der losweisen Vergabe im Entsorgungsbereich und der Teilnahme kommunaler Unternehmen am Vergabewettbewerb. Garlick schließlich erläutert, wie vor dem Hintergrund der rechtlichen und organisatorischen Gegebenheiten in Großbritannien die Privatisierung der kommunalen Abfallwirtschaft in der Region Groß-Manchester erfolgte. Sie kommt insgesamt – auch angesichts auftretender Probleme (etwa ausgelöst durch den ungestümen Markteintritt amerikanischer und französischer Firmen) – zu dem Befund, dass die gegründete „Greater Manchester Waste“ als Beispiel für eine erfolgreiche Privatisierung gelten kann.

Weitere Informationen:

Dr. Gerd Kühn
Telefon: 030/39001-255
E-Mail: kuehn@difu.de

Dr. Stephan Tomerius
Telefon: 030/39001-299
E-Mail: tomerius@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Seminarbegleitende Bibliographien

Wohnen in der Stadt – Urbanes Wohnen – Wohneigentum

Seminarthema „Wohnen in der Stadt, urbane Wohnformen im Eigentum“, Berlin, 18.–20.6.01, 80 S., Heft 8/01.

Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung

Fachtagungsthema „Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bauleitplanung, neue Anforderungen aus dem Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie“, Berlin, 11./12.6.01, 48 S., Heft 7/01.

Gartenschauen, historische Gärten und Parks

Seminarthema „Bundes- und Landesgartenschauen, Motor für Landschaft, Städtebau und Wirtschaft“. Berlin, 21.–23.5.01, 66 S., Heft 6/01.

Gebäudewirtschaft – Gebäude- management – Facility Management

Seminarthema „Kommunale Gebäudewirtschaft im Veränderungsprozess, neue Steuerungsmöglichkeiten – Probleme der Umsetzung.“ Berlin, 7.–9.5.01, 56 S., Heft 5/01.

Noch lieferbar:

- Kommunale Wirtschaftsförderung im Umbruch, Heft 4/01.
- Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 3/01.
- Zuwanderungs- und Integrationspolitik, Heft 2/01.
- Kommunale Schulpolitik, Heft 1/01.
- Sicherheitspolitik – Kriminalprävention – Jugenddelinquenz, Heft 10/00.
- Kommunales Finanzmanagement, Heft 9/00.
- Urban Entertainment Centers, Heft 8/00.
- Regionalparks, Heft 7/00.
- Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs, Heft 6/00.
- Kommune in der Informationsgesellschaft, Heft 5/00.

Weitere Informationen:

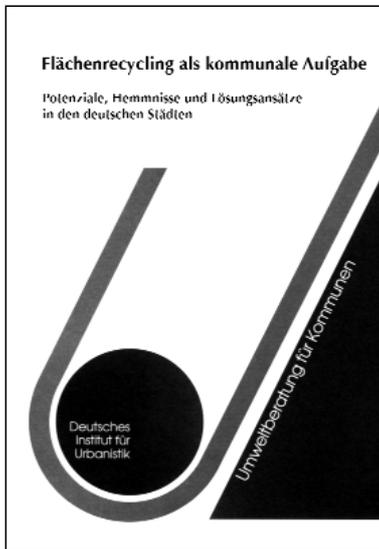
Dipl.-Ing.
Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Die Bibliographien kosten 15,- DM pro Stück und können schriftlich per Post, Fax oder E-Mail bestellt werden:

E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefax: 030/39001-275
Anschrift:
Difu
– Vertrieb –
Postfach 120321
10593 Berlin

Flächenrecycling als kommunale Aufgabe

Potenziale, Hemmnisse und Lösungsansätze in den deutschen Städten



Der massive Flächenverbrauch wurde spätestens in den 90er Jahren als Schlüsselproblem einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung erkannt. Die ungebremste Flächeninanspruchnahme in Deutschland für Siedlungs- und Verkehrszwecke in einer Größenordnung von nahezu 130 ha pro Tag steht jedoch in deutlichem Widerspruch zu dem von vielen Städten propagierten Leitbild der Nachhaltigen Stadtentwicklung. Nutzungen für Wohnen, Gewerbe, Dienstleistungen, Handel und Industrie werden noch immer vorrangig auf bislang unversiegelten Freiflächen realisiert. Die Gründe für den wachsenden Flächenverbrauch in den Städten und im Umland der Städte sind vielfältig. Für den Bereich Wohnen etwa ist der Anstieg der spezifischen Wohnfläche pro Kopf auf den starken Einfluss gesellschaftlicher Trends zurückzuführen (z.B. wachsende Zahl von Single-Haushalten in den Städten, Abwanderung der Einwohner aus den Ballungskernen, Trend zum „Haus im Grünen“). Darüber hinaus trägt das Preis- und Mietgefälle zwischen Umland und Stadt zur Stadtflucht bei.

In weiten Teilen der neuen Bundesländer haben sich Prozesse der De-Industrialisierung der Städte, der Abwanderung der Bevölkerung in prosperierende Regionen, sowie ins Umland und der Ausweisung von Flächen für Gewerbe, Dienstleistung und Handel an der Peripherie der Städte extrem schnell vollzogen. Im Umland der

Städte sind massive Zersiedelungstendenzen zu verzeichnen, während Innenstädte oder Stadtquartiere von Funktionsverlusten unterschiedlichen Ausmaßes betroffen sind. Dies führt vielerorts dazu, dass Flächenrecycling in nennenswerten Größenordnungen soziale Dimensionen im Sinne des Stadtumbaus oder der Stadterneuerung erreichen kann.

Die Revitalisierung von Brachflächen verbindet wie kaum ein anderes Aufgabenfeld die drei Komponenten der Nachhaltigkeit: die ökologische, indem zusätzlicher Flächenverbrauch verhindert wird; die ökonomische, indem die Ansiedlung von Investoren auf attraktiven innerstädtischen Flächen unter meist geringeren Erschließungskosten gefördert wird; die soziale, indem Projekte der Revitalisierung mit Arbeitsförderungs- und -qualifizierungsmaßnahmen kombiniert werden und realisierte Projekte die soziale und historische Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt oder Region stärken können.

Das Flächenrecycling stellt ein interdisziplinäres Handlungsfeld dar. Öffentliche und private Akteure müssen kooperieren, um Projekte zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Auf der Seite der öffentlichen Hand sind dies Akteure auf Landes- und Regionalebene sowie auf der Ebene der Städte und Gemeinden. Da in den Kommunen konkrete Projekte realisiert werden, müssen gerade hier Kooperationen mit den relevanten privaten Akteuren gesucht und gefunden werden.

Auf der kommunalen Ebene stellt die Ämter übergreifende Zusammenarbeit bei Fragen des Flächenrecyclings eine erfolgsnotwendige Herausforderung dar. Hierbei ist es von besonderer Bedeutung, dass die unterschiedlichen kommunalen Entscheidungsträger – etwa Wirtschaftsförderung, Planungs- und Umweltamt – die gemeinsamen Vorteile des Flächenrecyclings erkennen und inhaltlich-strategische Verknüpfungen („Win-Win-Strategien“) deutlich gemacht werden.

Aus stadtplanerischer Sicht ergeben sich unter der Maxime der nachhaltigen Stadtentwicklung vor allem zwei Handlungsschwerpunkte:



Industriebrache in Görlitz, 2000

Foto: Thomas Preuß

- das weitere Entstehen von Brachflächen möglichst von vornherein zu verhindern oder zumindest den Zeitraum des Brachliegens auf ein Mindestmaß zu verkürzen und
- für entstandene Brachflächen schnellstmöglich eine Nachnutzung zu finden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Flächenmanagement als vorsorgende kommunale Strategie das nachfolgende Flächenrecycling unter möglichst geringen zeitlichen Verzögerungen auf der Brachfläche ermöglicht. Dies umfasst die Kombination verschiedener Instrumente auf verschiedenen Handlungsebenen, wie etwa auf der Ebene der Flächennutzungsplanung oder Instrumente des Marketing und der Wirtschaftsförderung.

Die in der Difu-Reihe "Umweltberatung für Kommunen" erschienene Veröffentlichung vermittelt einen Eindruck von der Bandbreite der teilweise sehr unterschiedlich gelagerten kommunalen Probleme und Ansätze zum Thema Flächenmanagement/Flächenrecycling. Hierfür wurde der Stand der Forschung und der Praxis erfasst und aufbereitet.

Ausgehend von einer Darstellung der Situation des Flächenverbrauchs und der Herausforderungen und Chancen des Flächenmanagements und Flächenrecyclings für eine nachhaltige Stadtentwicklung werden die Rahmenbedingungen für das kommunale Handeln in verschiedenen Bereichen betrachtet. Dazu zählt unter anderem der rechtliche Rahmen des kommunalen Flächenrecyclings, der wesentlich durch das Bauplanungsrecht, das Bodenschutzgesetz und die Bodenschutzverordnung vorgegeben ist.

In besonderer Weise wird die Bedeutung der städtebaulichen Planung für das Flächenrecycling herausgearbeitet, die aufgrund der kommunalen Planungshoheit ein wichtiges Steuerungsinstrument darstellt. Auf Steuerungsmöglichkeiten im Rahmen der Bauleitplanung, die Integration des Flächenrecyclings in die städtebauliche Planung sowie auf die Verzahnung städtebaulicher Planung mit Sanierungsverfahren wird besonders ausführlich eingegangen. Inwieweit Flächenmanagement und Flächenrecycling Gegenstand partizipativer Verfahren in den Kommunen ist, wird anhand von Praxisbeispielen zur Lokalen Agenda 21 dargestellt. Der Bezug zur kommunalen Praxis wird durch die Auswertung von Umfragen in den 150 Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages sowie durch Experten-Interviews aus Kommunalverwaltungen und Beratungseinrichtungen hergestellt.

Komplementär zur Darstellung des Stands der Forschung und der Praxis wurden in der Umfrage unter anderem folgende Bereiche behandelt:

- Stellenwert des Flächenrecyclings in Kommunalpolitik und Verwaltung,
- übergeordnete Rahmenbedingungen für das Flächenrecycling in den Städten,
- Bestandsaufnahme und Bewertung von Altlast- und sonstigen Brachflächen,
- Flächenrecycling im Spannungsfeld von Stadtentwicklung und Investoreninteressen,
- behördliche Zuständigkeiten und Koordination von Genehmigungsverfahren beim Flächenrecycling,
- Verfahrensmanagement und Finanzierung von Flächenrecyclingvorhaben,
- Vermarktung wieder nutzbarer Flächen in den Städten.

Ergänzt werden die Ergebnisse über Rahmenbedingungen, Potenziale und Hemmnisse des Flächenrecyclings aus der Praxis durch eine Auswertung der Vor- und Nachnutzungen auf Brachflächen in deutschen Städten, die auf der Auswertung von etwa 500 Profilen über konkrete Flächenrecyclingprojekte in 118 deutschen Mittel- und Großstädten basiert.

Ein Exkurs über Praxis und Probleme des Flächenrecyclings in den USA vermittelt Anregungen für neue und andere Herangehensweisen bei der Revitalisierung von Brachen und beim Flächenmanagement. Sie sind das Ergebnis eines Studienaufenthalts im Jahr 2000.

Ein Wegweiserteil am Ende der Arbeitshilfe gibt Anregungen für die weitere Beschäftigung mit dem Thema: Recherche von Literatur, Praxisbeispielen und Forschungsergebnissen. Die Arbeitshilfe soll dazu beitragen, Ansatzpunkte für ein stärker interdisziplinär ausgerichtetes Flächenrecycling in den Kommunen aufzuzeigen und dessen instrumentelle Chancen für eine flächensparende und revitalisierende Stadtentwicklung zu verdeutlichen. Die Veröffentlichung enthält auszugsweise Ergebnisse eines Forschungsvorhabens im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Weitere Informationen:

Dr. jur. Stephan Tomerius
Telefon: 030/39001-299
E-Mail: tomerius@difu.de

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Fort- und Weiterbildung in der Kommunalverwaltung

Bestimmungsfaktoren aus Mitarbeitersicht



Welche Faktoren bestimmen das Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunalverwaltungen bei der Bewertung von Angeboten zur Fort- und Weiterbildung? Was bringt sie dazu, die Angebote anzunehmen? Warum können oder wollen sie sich nicht an beruflicher Weiterbildung beteiligen? Wie bewerten sie Wirkung und Erfolg ihrer Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen? Zu solchen und ähnlichen Fragen enthalten kommunale Mitarbeiterbefragungen zahlreiche Fragen und Ergebnisse, die meist im Kontext zur Verwaltungsmodernisierung stehen.

Auf der Grundlage von Ergebnisberichten kommunaler Mitarbeiterbefragungen führte das Difu unter Nutzung der KOMMDEMOS-Datenbank eine Auswertung von Fragen und Antworten zur Fort- und Weiterbildung durch. Die Untersuchung soll dazu dienen, eine Mehrfachnutzung dieser Art der kommunalen Umfrageforschung für den interkommunalen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Die Befragungsergebnisse werden als „Städteberichte“ veröffentlicht. Als Grundlage hierfür dient statistisch aufbereitetes Datenmaterial der Städte. So wurde in der Mitarbeiterbefragung der Stadt Düsseldorf im Jahr 1999 u. a. die Frage gestellt: „Konnten Sie die Inhalte von Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen in Ihrer Arbeitspraxis umsetzen?“

Mehr als 100 kommentierte Ergebnistabellen zur Fort- und Weiterbildung lassen sich in den Städteberichten finden. Für den interkommunalen Vergleich ergeben sich jedoch oft nur begrenzte Möglichkeiten. Dennoch hat das Difu in ausgewählten Untersuchungsbereichen Befragungsergebnisse auch im Städtevergleich dargestellt. Dies illustriert die Tabelle zur Umsetzbarkeit der Fortbildungsmaßnahme in der eigenen beruflichen Praxis.

Die Difu-Studie verdeutlicht, dass die Möglichkeiten für Aussagen zur Fort- und Weiterbildung im Städtevergleich durch einen Rückgriff auf andernorts bereits erprobte Fragestellungen verbessert werden können. Hierfür werden in der Ergebnisauswertung zusätzlich alle gestellten Fragen mit ihren Antwortvorgaben im Originalwortlaut dokumentiert. Wenn Befragungen grundsätzlich unter Berücksichtigung der Anforderungen des Städtevergleichs angelegt würden, dann könnten sogar die Möglichkeiten der Meta-Analyse genutzt werden. Auch hierzu soll die Untersuchung einen Beitrag leisten.

Für die Difu-Zuwenderstädte sind die Befragungsbeschreibungen mit den gescannten Fragebogen in der KOMMDEMOS-Datenbank zusätzlich über das Internet zugänglich.

	Umsetzbarkeit in der eigenen beruflichen Praxis (Fortbildungsteilnehmer in v.H.)		
	eher ja	teils/teils	eher nein
Düsseldorf 1999	37	36	11
Suhl 1994: externe Fortbildung	79	15	6
Suhl 1994: interne Fortbildung	47	30	22
Berlin 1998/Finanzämter: Beschleunigungseffekt der Arbeit	6	34	60
Berlin 1998/Finanzämter: Qualitätsverbesserung	20	38	42
Berlin 1998/Finanzämter: ADV-Schulungen	35	41	23
Berlin 1996/Statistisches Landesamt	55	34	11
Quelle: Ergebnisberichte und eigene Berechnungen.			

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Telefon: 030/39001-281
E-Mail: bretschneider@difu.de

**Bestellung:
siehe Bestellschein**

Auf dem Weg in die Nonstop-Gesellschaft?

In Arbeitswelt und Stadtraum lassen sich gegenwärtig zwei Entwicklungstendenzen feststellen, die eng miteinander korrespondieren: die generelle Flexibilisierung von Arbeit und die Auflösung „kollektiver Rhythmen“. Ökonomische Ursachen hierfür sind die Anpassung von Arbeits- und Betriebszeiten an Auftragschwankungen, die Ausdehnung im Bereich der Betriebs- und Öffnungszeiten sowie die zunehmende internationale Vernetzung von Märkten und Unternehmen. Phänomene sind atypische Arbeitsverhältnisse wie Befristung, Teilzeit, Scheinselbstständigkeit, Schicht- und Nachtarbeit, aber auch die Vernetzung von Zeitzonen in Forschung und Entwicklung („Zeitzonenschichten“ arbeiten kontinuierlich an bestimmten Aufgaben), in der Finanzwirtschaft (Banken, Börsen, Versicherungen) und bei den so genannten „global players“, in deren Reich die Sonne niemals untergeht. In der Folge entwickeln sich die „Zeitmuster“ der Beschäftigten immer individueller und differenzieren sich innerhalb der Gesellschaft weiter aus, was wiederum den wechselseitigen Druck auf eine weitere zeitliche Entgrenzung in Handel, im Dienstleistungsbereich und in anderen Sektoren erhöht. Diese Verursachungsspirale übt zunehmenden Druck auf kollektive Rhythmen wie den Wechsel von Arbeitstag und Feierabend, von Arbeitswoche und Wochenende aus.

In der modernen Gesellschaft ist der zyklische Verlauf städtischer Aktivitäten (Wechsel von Tag und Nacht beziehungsweise Tätigkeit und Ruhe) durch eine Linearität unaufhörlicher Aktivitäten verwandelt worden. Die Nacht wird im Wortsinne zum Tage gemacht – allerdings nicht überall in der Stadt, sondern nur an bestimmten Orten. Das Geflecht von Interaktionen – ob bei Tag oder bei Nacht – wird dichter, Uhren und Kalender bilden den Kompass zur Orientierung in der kontinuierlich aktiven Gesellschaft. Die Stadt als Nonstop-Gesellschaft, „die Stadt, die niemals schläft“, ist eine Erscheinung und ein Mythos des 20. Jahrhunderts. Wir denken an London, Paris oder Berlin in den 20er Jahren – und natürlich an New York, die Stadt der Städte: Inbegriff moderner Rastlosigkeit. Und gerade die amerikanischen Städte sind auf Grund der geringen arbeitsrechtlichen Regulierungsdichte und der liberalisierten Ladenschlusszeiten



Vorreiter der zeitlichen Entgrenzung. Aus europäischer Perspektive stellt sich also die Frage: Wie amerikanisch werden unsere Städte im Zeitalter der verkehrs- und informationstechnisch vernetzten „Weltgesellschaft“? Und handelt es sich hier um ein Großstadtphänomen – oder sind die großen Städte nur die Impulsgeber einer Veränderung, die via Fernsehen oder Internet bis ins letzte Dorf zu spüren ist?

Zu diesem Thema hat das Difu soeben eine Untersuchung abgeschlossen, die den Tendenzen kontinuierlicher Aktivität in Berlin, Frankfurt/Main und Wien nachgespürt hat. Die Ergebnisse sollen in Zusammenarbeit mit externen Experten allen Interessierten auf einer Tagung vorgestellt werden, die am 8. und 9. November 2001 im Berliner Ernst-Reuter-Haus stattfindet.

Im Rahmen der Veranstaltung sollen die Wirkungszusammenhänge der Entwicklung zur Nonstop-Gesellschaft sowie deren Chancen und Risiken analysiert werden. Dabei geht es um soziale, räumliche und ökologische Folgen, aber auch um möglicherweise steigende individuelle Möglichkeiten einer Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses sowie kollektiver Rhythmen. Zudem werden Handlungsoptionen aufgezeigt, die zu einer gesellschaftlich angemessenen, sozial gerechteren Gestaltung von Zeitstrukturen beitragen können.

Weitere Informationen:

Dr. Matthias Eberling
Telefon: 030/39001-104
E-Mail: eberling@difu.de

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Telefon: 030/39001-292
E-Mail: henckel@difu.de

Einkaufen mit oder im Netz?

Trends und Akteure im Online-Shopping und bei Online-Dienstleistungen



Am 2. und 3. April 2001 fand in Leipzig die erste Werkstatt „Einkaufen mit oder im Netz. Trends und Akteure im Online-Shopping und bei Online-Dienstleistungen“ statt. Diese Veranstaltung war der Auftakt zu einer Reihe von Werkstätten im Rahmen des Projekts „Online-Shopping und -dienstleistungen – Kommunale Handlungsspielräume“. Das Projekt wurde zu Beginn des Jahres 2001 gestartet. Gemeinsam mit 21 beteiligten Städten bzw. Regionen, darunter auch Wien und Basel, wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik ein Veranstaltungszyklus konzipiert, der insgesamt sechs themenspezifische Werkstätten umfasst. Ziel ist es, die potenziellen Auswirkungen von Online-Shopping auf die Stadtentwicklung und für die Kommunen allgemein systematisch zu untersuchen und herauszufinden, ob es notwendig und wie es möglich ist, die Chancen des globalen Netzes lokal zu nutzen bzw. die damit verbundenen Risiken abzufedern.

In der ersten Werkstatt im April in Leipzig ging es darum, zunächst einen Einstieg in das komplexe Thema zu finden. Im Mittelpunkt stand daher die Frage, ob und welche Definitionen von E-Commerce und Online-Shopping gegeben werden können, welche Akteure zu identifizieren sind, wie ausgeprägt Online-Shopping im Jahr 2001 bereits ist und welche Trends und Entwicklungsperspektiven, aber auch welche möglichen Potenziale für den Handel in den nächsten Jahren zu erwarten sind.

Zunächst ging es darum, die Bausteine und Einflussfaktoren herauszustellen, die für Online-Handel und -Dienstleistungen von besonderer Bedeutung sind. Busso Grabow vom Difu ging auf die Problematik der fehlenden Definition von Online-Shopping und E-Commerce ein. Der Beitrag von Michael Reidenbach vom Difu beleuchtete die Fragen rund um das Thema „Steuern im Online-Shopping“. Arnd Weber vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Forschungszentrums Karlsruhe erläuterte das Thema Sicherheit und Zahlungssysteme. Kai Hudetz vom E-Commerce-Center Köln widmete sich der Frage, welche Potenziale, Chancen und Risiken in Online-Handel und Online-Dienstleistungen stecken. Dr. Röder von der Universität Leip-

zig stellte Chancen und Risiken aus Sicht der Anbieter vor, Beate Weiser von der Verbraucherzentrale aus Stuttgart berichtete über den Verbraucherschutz.

Am zweiten Tag wurden Praxisbeispiele vorgestellt. Das Beispiel Karstadt steht dabei für ein traditionelles Unternehmen, das zusätzlich zur realen Welt ein virtuelles Angebot für seine Kunden bereit hält. Eddy Donat von der Karstadt Warenhaus AG berichtete über die Erfahrungen mit dem Angebot von „MyWorld“ und die daraus entwickelte Strategie beim neuen Online-Auftritt. Die Outletshopping AG steht für ein neues Start-up-Unternehmen, das sich am Markt etablieren möchte. Die Erfahrungen mit diesem neuen „Start-up“-Unternehmen schilderte Simone Jüdicke, die Bedeutung der Logistik wurde von Detlef Gorn von der Danzas TeleLog GmbH illustriert. Ralph Kissner von der Firma Six Offene Systeme berichtete über die Herausforderungen, die der E-Commerce an die Softwareentwickler stellt. „Strukturveränderungen im Einzelhandel“ lautete schließlich das Thema, über das Olaf Roik vom Hauptverband des Deutschen Einzelhandels referierte. Zum Abschluss des zweiten Tages wurden den Teilnehmern der Veranstaltung vom Difu drei verschiedene Szenarien vorgestellt. Jedes dieser Szenarien nahm die während der zwei Tage aufgeführten Einflussfaktoren in unterschiedlicher Ausprägung und Gewichtung auf und zeichnete unterschiedliche Verläufe möglicher Entwicklungsszenarien beim Online-Shopping.

Alle Beiträge der Referentinnen und Referenten, eine Zusammenfassung der Diskussion sowie die Szenarien sind in dem neuen Difu-Materialienband „Einkaufen mit oder im Netz“ dokumentiert.



Weitere Informationen:

Dipl.-Pol. Christine Siegfried
Telefon: 030/39001-201
E-Mail: siegfried@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kommunale Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat im Spätherbst 2000 eine Umfrage zur aktuellen Situation der kommunalen Wirtschaftsförderung in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Es wurde erfasst, wie die Rahmenbedingungen für kommunales wirtschaftsorientiertes Handeln sind, in welchen Themenfeldern und Aufgabenbereichen Wirtschaftsförderer aktiv sind, bei der Anwendung welcher Instrumente Veränderungen festzustellen sind und welche Handlungsansätze zukünftig wichtiger werden. Darüber hinaus wurden die für Wirtschaftsförderung zuständigen Stellen gebeten, aus ihrer Sicht die Funktion der Wirtschaftsförderung zu charakterisieren, ein Urteil über den Erfolg der eigenen Tätigkeit abzugeben und – aus den Erfahrungen ihrer täglichen Arbeit heraus – Ansatzpunkte für Verbesserungen, beispielsweise im Verhältnis zu anderen Akteuren oder in den Rahmenbedingungen, aufzuzeigen.

Von 190 angeschriebenen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern, 165 in den alten und 25 in den neuen Bundesländern, beteiligten sich 169 Städte an der Umfrage, dies entspricht 89 Prozent.

Einige Ergebnisse im Überblick:

- Insgesamt ist in der Arbeit der Wirtschaftsförderer eine relativ hohe Kontinuität festzustellen.
- In der Organisationsstruktur haben Verschiebungen stattgefunden, die sich als relativer Bedeutungszuwachs für Aufgaben der Wirtschaftsförderung interpretieren lassen.
- Die drei „klassischen“ Aufgaben der Wirtschaftsförderung (Bestandspflege, Akquisition, Existenzgründung) bleiben auch im Jahr 2000 die wichtigsten Handlungsfelder. Hier haben sich im Vergleich zu 1995 Bewertung und Gewichtung so gut wie nicht verändert. Dies gilt auch für die zeitlichen Arbeitsanteile, die jeweils eingesetzt werden.
- In der Bewertung der als am wichtigsten erachteten Themenfelder bestehen Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern. So ist die Bereitstellung von Gewerbeflächen in den alten Ländern das wichtigste Thema, in

den neuen Ländern wird dieser Aufgabe mittlere Bedeutung beigemessen. Ebenso werden IuK-Politik und Kooperationsmöglichkeiten in den alten Ländern für erheblich wichtiger gehalten. In den neuen Ländern steht das Aufgabenfeld Unternehmensbetreuung im Vordergrund. Weiterhin werden hier Arbeitsmarktpolitik und Technologietransfer als zentrale Themen kommunaler Wirtschaftsförderung betrachtet.

- Die größten Bedeutungsgewinne für die Zukunft erzielten in den alten Ländern die Themen IuK-Politik (ebenso in den neuen Ländern), Standortinformationen über Internet, Kooperationsmöglichkeiten, Netzwerke (ebenso in den neuen Ländern) und Technologietransfer. Neben EU-Aktivitäten wird in den neuen Ländern das Thema eines nachhaltigen Wirtschaftens deutlich wichtiger, allerdings ausgehend von einem derzeit noch sehr niedrigen Bedeutungsniveau.
- In ihrem Selbstverständnis sehen sich die Wirtschaftsförderer noch stärker als 1995 als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle. Bezogen auf das Selbstverständnis hat eine deutliche Annäherung zwischen alten und neuen Ländern stattgefunden.
- Bislang arbeiten wenige Städte mit einem System von Produkten und Kennzahlen. Zwei Drittel arbeiten nach eigenen Angaben nicht mit Produkten und Kennzahlen. Dabei halten sich diejenigen, die dies für wünschenswert und die, die es nicht für sinnvoll halten, etwa die Waage.
- Als wichtigster Ansatzpunkt für Verbesserungen wird – wie auch schon 1995 – der Stellenwert der Wirtschaftsförderung in der Verwaltung genannt. Danach folgen: Qualifikation der Mitarbeiter, finanzielle Ausstattung und verwaltungsinterne Zusammenarbeit.

Die ausführlichen Ergebnisse sind als „Aktuelle Information“ des Deutschen Instituts für Urbanistik erschienen.



Weitere Informationen:

Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail: hollbach-groemig@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Flüchtlinge in den Städten nach 1945

Neues Themenheft der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)“



Die thematischen Beiträge der neuen Ausgabe (Heft 1/2001) – allen voran der Leitartikel von Karl Christian Führer – beleuchten Aspekte des Geschehens um Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach 1945.

Die Erinnerung an die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist im kollektiven Gedächtnis der Deutschen unweigerlich mit Bildern von Flüchtlingsstrecks und von zerstörten Städten verbunden. Der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den verlorenen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus Ost-Mitteleuropa verband sich seinerzeit mit der kriegsbedingten Zerstörung großer Teile des Wohnraums sowohl in den Westzonen als auch in der Sowjetischen Besatzungszone zu einem sozialen Problem von ungeheuren Ausmaßen. Bis 1950 kamen 7,876 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die drei westlichen Besatzungszonen (insbesondere in die britische und die amerikanische Zone, weil die französische Militärregierung sich lange weitgehend erfolgreich gegen die Aufnahme mittelloser Zuwanderer in 'ihrem' Territorium wehrte). In der deutlich kleineren SBZ (beziehungsweise der DDR) mussten 4,065 Millionen „Neubürger“ untergebracht und versorgt werden.

Die Unterbringung der Vertriebenen stellte zunächst die wichtigste und in der Praxis am schwierigsten zu bewältigende Aufgabe dar. Sie wurde in den westlichen Besatzungszonen zunächst mittels einer rigiden Wohnungszwangswirtschaft bewältigt. Erst nach der Gründung der Bundesrepublik trat eine staatliche Wohnungsbauförderung als Lösungsansatz hinzu. Dabei blieb die Problematik nicht auf die Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen beschränkt. Eine weitere wichtige soziale Frage betraf den Zugang zu Arbeitsplätzen. Hier löste nach den ersten schwierigen Nachkriegsjahren schließlich das „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre das Problem; ja, es lässt sich berechtigt argumentieren, dass der ökonomische Aufschwung ohne das Arbeitskräftereservoir der Vertriebenen wohl kaum die Dimensionen erreicht hätte, die er in den Boomjahren der frühen Bundesrepublik annahm.

Insgesamt war die Neuformierung der deutschen Gesellschaft nach dem Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen aber ein weitaus konfliktrichtigerer und mit schmerzhafteren sozialen Kosten verbundener Prozess, als es die kollektive Erinnerung wahrhaben will, die deren Eingliederung meist vorbehaltlos und pauschal als großen Erfolg in der neueren deutschen Geschichte feiert. Die Historiographie hat dieses Bild in den letzten beiden Jahrzehnten in einer Fülle von Studien differenziert und korrigiert. Wie so oft klappt aber auch hier eine deutliche Lücke zwischen den Erträgen der Wissenschaft und dem populären Geschichtsbild. Zwar lässt sich nicht abstreiten, dass die soziale Eingliederung des Millionenheeres der Vertriebenen sich wider jede Erwartung rasch vollzog; darüber aber sollten die intensive Feindseligkeit, die viele Alteingesessene für die „Zugereisten“ hegten, ebenso wenig vergessen werden wie die große soziale Not der Vertriebenen in den Jahren bis zum Einsetzen des Wirtschaftsbooms in den frühen 50er Jahren. Die Bedeutung des ökonomischen Aufschwungs für die erfolgreiche Flüchtlingseingliederung in der Bundesrepublik ist kaum zu überschätzen. Dieser historisch einmalige Boom aber resultierte in erster Linie aus der Gunst der weltwirtschaftlichen Lage und der ökonomischen Hilfe der ehemaligen Kriegsgegner (vor allem der USA). Insofern sollte die Tatsache, dass die Vertriebenen sich nicht – wie nach 1945 vielfach befürchtet – zu einem politisch-sozialen Problemfall innerhalb der deutschen Gesellschaft entwickelten, eher als ungemein glückliche Fügung dank günstiger Rahmenbedingungen denn als eigenständige Leistung der Deutschen erinnert werden.

Wenn die insgesamt erfolgreiche Lösung der Flüchtlingsproblematik in der frühen Bundesrepublik als ein vom gesellschaftlichen Kontext abhängiger Prozess beschrieben werden kann, so drängt sich die Frage auf, wie sich der parallele Eingliederungsprozess in der wirtschaftlich in vielfacher Hinsicht benachteiligten SBZ beziehungsweise dann in der DDR vollzogen hat. Hier liegt die historische Forschung noch deutlich zurück, weil das Thema bis zur „Wende“ von 1989 in der DDR nicht er-

Weitere Informationen:

Dr. Christian Engeli
Telefon: 030/39001-256
E-Mail: verlag@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

gebnisoffen behandelt werden durfte, westliche Historiker aber keinen Zugang zu den entscheidenden Quellen besaßen. Die seit 1990 durchgeführten Untersuchungen, die sich stark auf die ersten Jahre nach 1945 konzentriert haben, zeigen eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West in den Reaktionen auf den Flüchtlingsstrom und in den Initiativen zur Bewältigung des Problems auf – aber auch Unterschiede, etwa in der Anerkennung der Vertriebenen als gesellschaftliche Sondergruppe. Vieles konnte bisher nicht hinreichend geklärt werden. Beispielsweise lässt sich die soziale Stellung der Vertriebenen in der DDR in den 50er und 60er Jahren auf der Basis der vorliegenden Literatur noch nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit und Differenziertheit beschreiben. Schon die Tatsache, dass in DDR-Statistiken seit 1950 keine Zahlenangaben mehr zur Situation der Flüchtlinge zu finden sind, weil deren spezifische Probleme offiziell als vollständig gelöst galten, macht generalisierende Aussagen einstweilen unmöglich.

Neben den thematischen Beiträgen finden sich in dem neuen IMS-Heft wie immer eine Vielzahl von Informationen aus der modernen Stadtgeschichtsforschung (u. a. Tagungs- und Projektberichte, Tagungs-



Flüchtlingstreck aus dem früheren Schlesien, 1945–49, Deutsches Historisches Museum, Berlin

termine, Personalia sowie die regelmäßig zusammengestellte umfangreiche Auswahlbibliografie neu erschienener Literatur). Ein zusätzlicher wissenschaftlicher Akzent wird in den IMS künftig durch die Rubrik „Forschungsbericht“ gesetzt. Im vorliegenden Heft stellt Ralf Roth hierzu das Themenfeld „Stadt und Eisenbahn“ vor.

Online Shopping und Stadtentwicklung

Der folgende Beitrag erschien unter dem Titel „E-Commerce und städtischer Handel – Chancen und Risiken“ unter dem Namen Rolf Pangels im BAG Handelsmagazin, Heft 1-2/2001.

Er setzt sich ausschließlich und wortwörtlich aus Ausschnitten zusammen, die einer Projektskizze des Difu vom Juli 2000 entnommen sind. Lediglich einzelne Zwischenüberschriften wurden von dem Magazin hinzugefügt. Inzwischen ist im aktuellen BAG Handelsmagazin eine Richtigstellung der Urheberschaft erschienen. Wir drucken den Beitrag an dieser Stelle auch im Interesse der 21 Städte, die inzwischen an dem Projekt „Online-Shopping und -Dienstleistungen – Kommunale Handlungsspielräume“ mitwirken unter der richtigen Urheberschaft nochmals ab.

Mit der raschen technologischen Entwicklung und dem Preisverfall von Computersystemen, der Verbrütung der Anschlüsse und der zunehmenden Nutzung des Internets wächst auch die Bedeutung dieses Mediums für den Handel mit Waren und Dienstleistungen. Die Einschätzungen zum zukünftigen Stellenwert des Online-

Shopping und von Online-Dienstleistungen sind derzeit noch sehr unterschiedlich. Viele Anzeichen sprechen jedoch für eine starke Bedeutungszunahme; dies wird unzweifelhaft mit Auswirkungen auf die Stadt- und insbesondere Zentrenentwicklung verbunden sein.

**Difu-Symposium:
„Die Stadt als
Wissengesellschaft“**

Anlässlich des 60. Geburtstages von Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding am 25. September 2001 veranstaltet das Difu ein Symposium unter dem Titel „Die Stadt als Wissensgesellschaft“ im Berliner Ernst-Reuter-Haus.

**Interessenten können sich für die Veranstaltung bei Frau Schulz (Sekretariat Dr. Löhr) anmelden.
Telefon: 030/39001-218**

**Dr. Rolf-Peter Löhr
Telefon: 030/39001-220
E-Mail: loehr@difu.de**

Auswirkungen auf die Zentrenstruktur
Derzeit spricht nur wenig für einen signifikanten Zuwachs des einzelhandelsrelevanten Ausgabevolumens durch Online-Shopping und Online-Dienstleistungen, d.h. es wird zu Umsatzumverteilungseffekten in der Einzelhandelslandschaft und im Dienstleistungssektor kommen. Da sich diese auf einzelne Branchen und Typen von Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorten konzentrieren werden, kann daraus mittel- bis langfristig für einzelne Standortbereiche durchaus eine erhebliche Gefährdung resultieren.

Dies wird vor allem Standorte betreffen, die vorwiegend dem Versorgungseinkauf dienen und ein vergleichsweise ubiquitäres Angebot vorhalten, d.h., dass neben großflächigen SB-Warenhäusern und Fachmärkten (insbesondere an peripheren Standorten) vor allem Stadtteilzentren die Verlierer der Entwicklung sein werden.

Auch „schwache“ Innenstädte kleinerer Städte, die bereits erheblich mit dem bisherigen Strukturwandel im Einzelhandel und im Dienstleistungsbereich zu kämpfen haben, werden vermutlich betroffen sein: Mit dem Rückzug einzelner Branchen und den damit verbundenen Defiziten im Branchenmix könnten diese in der Konkurrenz der Standorte an Wettbewerbsfähigkeit weiter verlieren. Unter Umständen können derartige Funktionsverluste auch andere funktionale Elemente der betroffenen Standortgemeinschaften beeinträchtigen (Freizeiteinrichtungen, Gastronomie etc.). Gegebenenfalls wird diese Entwicklung den Verlust von Identifikations- und Kommunikationsräumen und Urbanität nach sich ziehen und damit auch soziale und kulturelle Folgen haben.

Dem zu erwartenden Rückzug der Banken und Versicherungsfilialen, Reisebüros oder der – im Vergleich dazu deutlich weniger stadtbildprägenden – Beratungsdienstleistungen (Rechtsberatung etc.) ist aufgrund ihrer tendenziell untergeordneten Bedeutung als Frequenzerzeuger eine vergleichsweise geringe zentrentragende Rolle beizumessen.

Die Folgen der in diesen Bereichen zu erwartenden Freiziehung von Flächen in Erd- und ersten Obergeschossen sind im Vergleich zu anderen Nutzungen daher – stadträumlich wie funktional betrachtet – insgesamt weniger evident. Im Einzelfall können aus einer solchen Entwicklung sogar Chancen zur Schaffung einer größeren Erlebnisvielfalt und einem höheren Aufforderungscharakter zentraler Lagen, insbesondere von 1a- und hochwertigen 1b-Lagen erwachsen; so kann dies zu einer Senkung von Ladenmieten und zur Schlie-

Bung von Laufflächen und Schaufensterfronten mit visuell präsenteren, zentrentragenden Angebotsformen beitragen.

Gleichwohl ist generell mit dem Rückzug von Einzelhandels- und Dienstleistungsfunktionen aus den Zentren die Frage verbunden, welche zusätzlichen Funktionen an ihrer statt die Ausstrahlungskraft und Zentralität gewährleisten könnten, die mit der Idee und dem Modell der europäischen Stadt verknüpft werden. Diese Frage stellt sich nicht erst im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Online-Handels, sondern wird bereits seit einigen Jahren im Rahmen des Strukturwandels im Einzelhandel intensiv diskutiert; die Entwicklung des Online-Handels wird jedoch zu einer Verschärfung dieser Problemstellung beitragen.

Gewinner und Verlierer

Shopping-Center und prosperierende Innenstädte, die vorwiegend auf den Erlebniseinkauf orientiert sind, werden von den negativen Auswirkungen weit weniger berührt werden. Hier ergibt sich eine gute Chance zur Einbindung von Multimedia in die Handelsstruktur, z.B. durch die Einrichtung von virtuellen lokalen Marktplätzen auf der einen Seite und die Einrichtung von (realen) Shops, in denen Waren und Dienstleistungen bestellt oder vor dem Kauf genauer geprüft werden können, auf der anderen Seite.

Die Auswirkungen auf die wohnungsnah Grundversorgung werden kontrovers diskutiert, bislang jedoch als tendenziell wenig relevant eingestuft. Der Befürchtung, dass sich das Versorgungsnetz durch Online-Shopping weiter ausdünnen wird, widersprechen Stimmen, die auch langfristig den Verkauf von Lebensmitteln über das Internet logistisch für nur schwer realisierbar und unrentabel halten.

Chancen für eine zukunftssträchtige Stadtentwicklung

Zudem zeigen erste Beispiele, dass etwa durch die Aufstellung eines PCs und dessen Verknüpfung mit Verbrauchermärkten an benachbarten Standorten eine Chance zur Rückgewinnung einer hohen Nahversorgungsqualität im ländlichen Raum oder in dünn besiedelten Stadtrandbereichen besteht.

Insgesamt sind also eine Reihe von Auswirkungen auf die Stadtentwicklung zu erwarten, die sicherlich auch bestehende Strukturen bedrohen. Abgesehen davon, dass man ohnehin nicht umhinkommt, sich den Entwicklungen zu stellen, liegen in jedem Strukturwandel Chancen. So können die angerissenen potenziellen Folgen von Online-Shopping und Online-

Dienstleistungen zu einer qualitativen Verbesserung des Einzelhandels- und Dienstleistungsangebots in den Städten beitragen, insbesondere die stadträumliche Verortung des Angebots zu Gunsten integrierter Standorte beeinflussen und den Branchen- und Betriebsformenmix in den Zentren wieder interessanter machen.

Dies kann z.B. über neue Kooperationen von Dienstleistungen, Einzelhandel und Gastronomie in themenorientierten oder zielgruppenorientierten Shops und Showrooms, in denen über das Web branchenübergreifend bestellte Waren angesehen werden, aber auch eine Fülle von Sortimenten, Serviceleistungen und Dienstleistungen online verglichen und bestellt werden können, geschehen.

In Stadtteil- und Ortsteilzentren könnten Läden mit „Besorgerfunktion“ entstehen, die einerseits die Versorgungsfunktion der Zentren erfüllen bzw. wiederherstellen, andererseits Ort der Kommunikation, des gemeinsamen Online-Einkaufs und Kaffeetrinkens sind. Die Innenstädte könnten durch diese Umstrukturierungsprozesse, insbesondere auch durch eine höhere Dichte und Qualität von Handels- und Dienstleistungsfunktionen in klar ablesbaren Zentrenbereichen – gegebenenfalls verbunden mit einem partiellen Rückzug von solchen Funktionen in Zentrenrandbereichen – an Erlebnisqualität gewinnen, wobei zu fragen ist, welche neuen Qualitäten die des Shoppings ersetzen sollen.

Mit „Glokalisierung“ gegen Identitätsverlust

Deutlich wird, dass es sich als sinnvoll erweisen kann, rechtzeitig lokale bzw. regionale Strategien zu entwickeln und die Herausforderungen, die im Online-Shopping liegen, anzunehmen. Dabei muss es in erster Linie um die Verzahnung traditionellen und virtuellen Handels gehen.

Als eine Handlungsoption wird zur Zeit die Einrichtung bzw. der Betrieb von lokalen und regionalen virtuellen Marktplätzen bzw. Online-Shopping-Plattformen diskutiert, in denen sich der stationäre Handel gemeinsam präsentiert. Erfolgchancen regionaler Marktplätze im Netz lassen sich dabei aus der im Zeitalter der Globalisierung zunehmenden Bedeutung des Lokalen/Regionalen ableiten („Glokalisierung“). Obwohl Online-Shopping zunächst keine Grenzen mehr kennt, kann der Handel die Möglichkeiten der Kopplung von virtuellem und materiellem Einkauf und die „Wiederentdeckung des Örtlichen“ nutzen. Durch den räumlichen Bezug bzw. die räumliche Nähe zwischen Betrieb und Kunde können vor allem die Aspekte Vertrautheit und Vertrauen angesprochen,

teilweise auch Zeitersparnisse erzielt werden. Kontrovers diskutiert wird allerdings, ob diese Aspekte nicht nur in der Übergangsphase der Änderung tradierter Einkaufsgewohnheiten greifen. Zudem lassen sich Synergieeffekte durch die Verknüpfung mit Stadtmarketing und -präsentation, Unternehmensnetzwerken, digitalen Kommunikationsforen oder virtuellen Rathäusern erzielen.

Eine weitere entscheidende Frage für die Stadtentwicklung ist die mögliche Neuorientierung der Zentrenkonzeption (sofern eine solche überhaupt schon vorliegt). Es ist zu prüfen, wieweit Modifikationen notwendig sind, und wieweit bei einem möglichen Funktionswandel in den Innenstädten mit dem Rückzug bestimmter Branchen und Dienstleister, dem Freiwerden von Flächen und Räumen, Aufenthalts- und Erlebnisqualitäten neu oder verändert geschaffen werden können.

Überprüfung der Zentrenkonzeption

Ein wichtiger Aspekt ist auch die Chance der „Wiederverräumlichung“ durch die neuen Medien. Wie kann man durch ein Abbild der Stadt im Netz (z.B. ein Branchenbuch und Angebote gekoppelt mit einer Kartendarstellung) den Bürger wieder stärker zur Entdeckung seines nahen Wohn- oder Arbeitsumfeldes „verführen“? Es sollten Wege gesucht werden, mit denen den technikinduzierten Tendenzen der Enträumlichung entgegengewirkt werden kann.

Das Internet und Telematik allgemein lassen sich einsetzen, um das soziale Umfeld besser nutzen zu können, um den engeren Raum, in dem man lebt oder arbeitet, auch virtuell zugänglich zu machen und damit Anreize der stärkeren physischen Nutzung zu geben (ob in Kultur, Freizeit oder zum Einkaufen) oder um durch die Intensivierung von Netzwerkbeziehungen die Bindungskraft des Standorts oder Wohnorts zu festigen.

Die Dokumentation der ersten Werkstatt, die im April unter dem Titel „Einkaufen mit oder im Netz“ in Leipzig stattfand, wird in diesem Heft auf Seite 10 vorgestellt. Die Dokumentation der zweiten Werkstatt „Ökonomie im (Schlepp-)Netz?“, die Ende Juni in Mannheim durchgeführt wurde, folgt im Herbst.

Weitere Informationen:

Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Telefon: 030/39001-239
E-Mail: adrian@difu.de

Dr. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de

Förderung von Wohneigentum in deutschen Städten

Ein Zwischenbericht

Weitere Informationen:

**Dipl.-Sozialwirt
Claus-Peter Echter**
Telefon: 0221/3771-145
E-Mail: echter@difu.de

Dipl.-Soz. Hasso Brühl
Telefon: 030/39001-243
E-Mail: bruehl@difu.de

Problemlage und Untersuchungsziel

Die Stärkung des Wohneigentums in den Kernstädten ist aus steuerlichen, sozialen und siedlungsstrukturellen Gründen sehr wichtig, wenn die Abwanderung von Haushalten mittleren Einkommens ins Umland der Kernstädte gebremst werden und die soziale Stabilität in den Wohnquartieren erhalten bleiben sollen. Ziel des zurzeit durchgeführten wohnungspolitischen Difu-Projekts ist eine Bestandsaufnahme und Analyse der Förderung von Wohneigentum in deutschen Städten.

Methodisches Vorgehen

Nach dem Recherchieren und Auswerten vorliegender kommunaler Programme zur Förderung von Wohneigentum wurde mit Experteninterviews begonnen. Fallstudien zu Eigentumsförderungen wurden bisher in ost- und süddeutschen Städten – Berlin, Nürnberg, München und Potsdam – durchgeführt. Befragt wurden Experten in den kommunalen Bauplanungs- und Wohnungsämtern, Vertreter von Wohnungsunternehmen und Banken (Investitions- und Förderbanken). Weitere Expertengespräche sind in Dortmund geplant. Anschließend wird eine schriftliche Befragung in ausgewählten Städten durchgeführt.

Erste Ergebnisse der Recherchen in Fallstudienstädten

Rahmenbedingungen

Berlin: Der Wohnungsmarkt ist gesättigt. Der Wohnungsleerstand beträgt fünf Prozent (100 000 Wohnungen). Nach 1989 wurde ein Vergleich mit dem Stadtstaat Hamburg durchgeführt, der eine Boden- und Flächenvorratspolitik betreibt, die es in Berlin nie gab. Die Berliner „Eigentumsstrategie 2000“ vom August 1997 existiert nicht mehr. Seit dem Jahr 2000 ist ein Wandel der Eigentumsstrategie zu verzeichnen: Innenstadtentwicklung vor Außenentwicklung. Wurde in Berlin früher der Eigenheimbau in den Randlagen gefördert, wird jetzt stärker der Bestand begünstigt. Im Vordergrund stehen vor allem der Erwerb von Wohnungen im Bestand, neue innerstädtische Wohnformen im Geschosswohnungsbau und das Genossenschaftswesen. Eine ausgefeilte Strategie bei der Eigenheimförderung fehlt derzeit in

Berlin. Berlin befindet sich hinsichtlich des Wohnungsbaus bei der Realisierung von Wohnungswünschen privater Haushalte in scharfem Wettbewerb mit dem Land Brandenburg. Mit dem Umland besteht ein enger Verflechtungsraum.

München: München hat im Jahr 2001 wieder einen angespannten Vermietermarkt. In allen Bereichen herrscht Wohnungsnotstand. Nach Angaben des Verbands Deutscher Makler hält München mit Quadratmeterpreisen bis zu 28 DM für Miet- und bis zu 11 000 DM für Eigentumswohnungen seine Spitzenstellung auf dem Immobilienmarkt in Bayern und darüber hinaus. Die Preispanne beginnt für einfach ausgestattete Wohnungen bei 14 DM, die Skala der Eigentumswohnungen bei 4 500 DM/m². Nach Angaben des Münchener Planungsreferats liegen die Kaufpreise für Eigentumswohnungen zwischen rund 5 500 DM und 7 000 DM/m² (und für Spitzenobjekte noch darüber).

Nürnberg: Auch Nürnberg weist inzwischen einen Angebotsmarkt auf – mit um 10-15 Prozent gestiegenen Mieten. Mit der Anschlussvermietung gibt es nach Angaben von Bauträgern derzeit keine Probleme. Leerstände sind nicht bekannt. Für westliche Großstädte wird eine Wohnungsnot in ein bis zwei Jahren prognostiziert. Nach dem Wohnungsbericht 1999 der Stadt Nürnberg lag die Zahl der Wohnungen um knapp 1 000 über der Zahl der Haushalte, der Wohnungsmarkt war ausgeglichen. Kleine Haushalte und Eigenheimbesitzer werden als die Gruppen bezeichnet, die „demografisch, gesellschafts- und wohnungspolitisch in der Zukunft an Bedeutung gewinnen werden“.

Potsdam: Potsdam hat ein wohnungspolitisches Konzept, jedoch keine eigenen Förderprogramme zur Wohneigentumsförderung. Die Stadt hat kaum Grund und Boden, um eine aktive Bodenvorratspolitik zu betreiben. Wie in Berlin besteht auch in Potsdam im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung eine deutliche Konkurrenzsituation mit dem Umland. Während Potsdam gegenüber Berlin einen positiven Wanderungssaldo aufweist, hat die Stadt gegenüber dem ländlichen Umland einen negativen Wanderungssaldo.

Kommunale Programme zur Eigentumsförderung

Die kommunalen Förderprogramme ergänzen die steuerliche Eigenheimzulage des Bundes und die staatlichen Programme der Länder, wie die im „3. Förderweg“ gewählten verbilligten Darlehen für Einkommensüberschreiter. Inzwischen gibt es auch staatliche Förderprogramme für Altbauten, wie das in Bayern aufgelegte „Förderprogramm zum Erwerb vorhandenen Wohnraums zur Eigennutzung“ aus dem Jahr 2000, das durch das Nürnberger Altbauprogramm in idealer Weise ergänzt wird. Das Nürnberger „Altbau fit“ Programm fördert die energetische Sanierung und trägt damit zur Minderung der CO₂-Emissionen bei.

Die Förderung von Wohneigentum in Ostdeutschland ist seit der Wende eine fast ausschließliche Angelegenheit des Bundes und der Länder. Die Städte beteiligen sich nicht mit eigenen Förderprogrammen. Auch bei Vorhandensein kommunaler Stadtentwicklungs- und Wohnkonzepte wird es künftig keine spezifische bzw. eigene kommunale Eigentumsförderpolitik geben. Mangels finanzieller Mittel werden sich die Kommunen auf das planungsrechtliche Instrumentarium beschränken, insbesondere hinsichtlich der Baulandausweisung. Vorrangiges Ziel wird es dabei sein, die Umlandwanderung zu stoppen und die Kernstädte zu stärken.

Der Bestandserwerb wird in München, im Gegensatz zu Nürnberg, nicht gefördert. Es gibt dort keine städtischen Finanzierungshilfen im Bestandsbereich, da die Verknappung an preiswerten Wohnungen noch größer würde und sie nur durch zusätzliche Wohnungen gemindert wird. In Städten ohne Wohnungsnot ist das anders.

Schwerpunkt der Eigentumsprogramme

Den Programm-Schwerpunkt bilden Eigenheime und Eigentumswohnungen für Selbstnutzer. Es gibt nur noch wenige „kleine“ Investoren als Nachfrager für Eigentumswohnungen. Hierüber liegen zwar keine gesicherten Statistiken aber Erkenntnisse der Deutschen Pfandbrief Bank AG (DePfa) vor. Bis Ende der 90er Jahre war das Verhältnis Eigennutzer/Kapitalanleger bei Eigentumswohnungen nach Angaben von Experten 20 zu 80. Jetzt ist dies umgekehrt.

Kommunale Eigentumsförderung und Marketing

Das Marketing für kommunale Programme zur Eigentumsförderung ist sehr wichtig. Für Strategien und Instrumente der kommunalen Wohnungspolitik muss gewor-

ben werden. Mit ihren plakativen Formulierungen wie „100 Häuserprogramm“ und „Alt-bau-fit“ ist Nürnberg hierbei wegweisend und erfolgreich.

Förderakzeptanz und -nachfrage

Die Resonanz auf die Programme ist sehr positiv: Eigentumsförderung wird akzeptiert und nachgefragt. So musste der Mitelansatz für das „100 Häuser“-Programm in Nürnberg von zwei Millionen DM um 20 Prozent erhöht werden. Auch das Münchener Modell und die sozialgerechte Bodennutzung mit kostenrelevanten Bindungen für Planungsbegünstigte (Sozialquote: die Verteilung von 20 Prozent des neu geschaffenen Baurechts auf Sozialmietwohnungen und zehn Prozent auf Eigentumsmaßnahmen 3. Förderweg sind ein Erfolg. Wie die ersten Erfahrungen aus dem Münchener Modell zeigen, sind es besonders die Familien mit Kindern, die die Chance erkannt und genutzt haben, sich mit Unterstützung der Stadt (verbilligtes Grundstück) und des Staates (Förderdarlehen) den Traum von den bezahlbaren eigenen vier Wänden in München oder wie in Nürnberg – mit einem städtischen Zuschuss von 20 000 DM und ebenfalls staatlicher Darlehensförderung – zu erfüllen. In dieser Stadt hat sich die Umstellung von einem städtischen Darlehensprogramm auf Zuschüsse positiv ausgewirkt.

Die Rolle der städtischen Wohnungsunternehmen

Die Hauptaufgabe der städtischen Wohnungsunternehmen liegt darin, die Städte bei der Versorgung von Wohnungssuchenden (mit geringem Einkommen) zu unterstützen. Unterschiedlich häufig – in Berlin und München mehr, in Nürnberg weniger – werden Eigentumswohnungen nicht nur von privaten Bauträgern sondern auch von städtischen Gesellschaften erstellt und verkauft.

Probleme und Engpässe der Eigentümer

Das Hauptproblem der Eigentümer, die teilweise nur gering verdienen, ist das fehlende Eigenkapital und die mangelnde Belastungsfähigkeit. 15 bis 20 Prozent Eigenkapital – in Nürnberg 75 000 DM, in München minimal 100 000 DM bis 200 000 DM – sind notwendig, sonst bilden die Haushalte kein Eigentum sondern Schulden.

Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Dass die Einsparung von Heizenergie in kommunalen Gebäuden nicht nur die Umwelt entlastet, sondern insbesondere auch den städtischen Haushalt, ist unumstritten. Doch welche Maßnahmen führen zu diesem Erfolg? Auf dem 7. Deutschen Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten am 10. und 11. September 2001 in Hamburg gibt es gleich zwanzig Antworten auf diese Frage. In zwanzig Workshops werden erfolgreiche kommunale Beispiele vorgestellt und diskutiert. Dabei reicht die Palette der Themen von einer effizienten Energieversorgung über die Gebäudesanierung und nicht-technische Maßnahmen bis hin zu Aspekten der Finanzierung von Energiesparmaßnahmen. Nähere Informationen erhalten Sie im Internet unter <http://www.difu.de/seminare/energiebeauftragte> oder telefonisch bei Dr. Annett Fischer, Telefon: 030/39001-110.

Difu-Diskurse zur Stadtentwicklung:

Kommunale Entscheidungsträger im Gespräch

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Heinrich Mäding
Telefon: 030/39001-214
E-Mail: maeding@difu.de

Dipl.-Soz. Robert Sander
Telefon: 030/39001-267
E-Mail: sander@difu.de

„Große Projekte der Stadtentwicklung: zwischen strategischer Steuerung und ‚Alltagsgeschäft‘“ ist die Auftaktveranstaltung der „Difu-Diskurse zur Stadtentwicklung“, mit denen sich das Deutsche Institut für Urbanistik gezielt an die kommunalen Verwaltungsspitzen, Dezernentinnen und Dezernenten wendet. Einmal jährlich bietet das Difu ein Forum, auf dem unter Mitwirkung von Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding wichtige kommunalrelevante Entscheidungsfelder problem- und lösungsorientiert in einem exklusiven und überschaubaren Kreis diskutiert werden. Je nach Themenstellung sind einzelne Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft

und Kultur eingeladen. Kompetente „Impulsgeber“ aus diesen Bereichen werden mit „zugespitzten“ Statements in die jeweiligen Themenschwerpunkte einführen. Die Form des Diskurses soll eine möglichst offene und gleichzeitig direkte Diskussion ermöglichen und für alle Beteiligten einen „Mehrwert“ erbringen. Die Diskurse erstrecken sich über zwei halbe Tage einschließlich eines informellen Erfahrungsaustausches am Abend mit der Gelegenheit zur Kontaktaufnahme sowie zu Gesprächen und Diskussionen am Buffet.

Der diesjährige Diskurs findet am 3. und 4. September in Berlin statt.

Jugendhilfe und Verwaltungsreform

Auswirkungen auf die Leistungsqualität, Organisation und Ressourcen



Zum 15. Jugendhilfe-Jahrestreffen am 8. Mai 2001 in Hannover wurden besonders die nördlichen und östlichen Zuwendungsstädte angesprochen. 25 Jugendhilfe-fachleute aus 18 Difu-Zuwanderstädten und fünf Bundesländern nahmen an dieser Auftaktveranstaltung für die künftigen Nord/Ost-Jugendhilfe-Jahrestreffen teil.

Schon vor fünf Jahren, zu Beginn des Veränderungsprozesses in den Jugendämtern, wurde anlässlich des zehnten Jugendhilfe-Jahrestreffens in Mainz über faktische und potenzielle Auswirkungen der Reform auf den Jugendhilfe- und Sozialbereich diskutiert. Während damals eher die Produktsystematik und die Gefahren der technokratischen Übernahme betriebswirtschaftlicher Denk- und Organisationsmuster diskutiert und deren Nicht-Übertragbarkeit auf das Feld der sozialen Arbeit behauptet worden waren, standen diesmal die inzwischen erprobten Veränderungen auf der Tagesordnung.

Als Organisationsveränderungen wurden dargestellt: die Eingliederung des Jugendamts in den Fachbereich Soziales, Jugend und Gesundheit (Projekt: Qualitätssicherung durch Zielgruppenorientierung und Umstrukturierung, Flensburg), die Kooperation und gemeinsame Aufgabewahrnehmung von kommunalen Ämtern, Dienststellen und Einrichtungen auf der dezentralen Ebene (Vernetzte Dienste, Hannover) sowie das Konzept der Bündelung aller Aufgaben im Jugendhilfe- und Sozialbereich in dezentralen Dienstleistungszentren (Fachdienst Jugend, Soziales, Wohnen, Bielefeld), ursprünglich sogar geplant unter Aufgabe einer zentralen Steuerungseinheit.

Neben diesen grundsätzlichen Systemänderungen wurden weitere dezentrale Organisationsveränderungen zur Lösung gravierender Lebensprobleme in Armutsbezirken vorgestellt. Das Projekt „AKTIS – Aktiv im Stadtteil“ (Wiesbaden) konzentriert sich mit seiner dezentralen Konzep-

tion ausschließlich auf sieben hoch belastete und gefährdete Stadtteile. Hier kann nur vernetztes Arbeiten Probleme lösen, nicht aber die „Bearbeitung“ durch Spezialdienste. Dieser Ansatz hat Bezug zu „Soziale Stadt“-Programmen mit Stadtteilmanagement-Konzepten. Demgegenüber sind die vernetzten Dienste der Hanoverschen Stadtteilzentren nur zu einem geringen Teil auf die soziale Stadtteilentwicklung im Rahmen „Sozialer Stadt“-Projekte gerichtet, die übrigen definieren ihre Aufgaben nach anderen Zielvorstellungen aus den jeweiligen Bedarfsstrukturen des Stadtteils. Hier liegt die Neuheit in der ständigen Zusammenarbeit von Jugend-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits- und Wohnungsamt, in Form von Teams mit jeweils guten Kontakten zum Stadtplanungsamt.

Das Thema der vernetzten Dienste stellte sich auch für die Stadt Magdeburg, allerdings weniger unter der Zielsetzung der Verwaltungsreform und der neuen Steuerung bzw. unter Haushaltskonsolidierungszielen. Stattdessen wird hier sowohl inhaltlich als auch methodisch der Ansatz einer Gemeinwesenarbeit als Teil der Sozialarbeit betont.

In einem zweiten Teil wurden Veränderungen in der Leistungserbringung durch neue Verfahren und Prozesse dargestellt. Das Qualitätsmanagement in Tageseinrichtungen für Kinder (sehr ähnlich dargestellt von Münster und Kiel) ist als Adaption bekannter Modelle (etwa der ISO 9000) entwickelt worden. Hier sind die Ansätze des Kronberger Kreises für Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten sowie die Skala zur Einschätzung der Kinderbetreuung zu nennen. Beide Modelle stellen auf pädagogische Dienstleistungen angepasste Versionen mit partizipativen Elementen in den Bewertungsprozessen dar, die nur noch sehr entfernt an das Ausgangsmodell der ISO 9000 erinnern.

Das am Modell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) entwickelte Beispiel der leistungs- und produktorientierten Jugendhilfeplanung (Braunschweig) macht deutlich, dass selbst relativ sperrige Aufgaben wie die Jugendhilfeplanung einem solchen Verfahrensmodus unterzogen werden können und dadurch gestrafter, zielorientierter und transparenter erscheinen.

Beide Themenblöcke des diesjährigen Werkstattgesprächs zu den Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Jugendhilfe machten deutlich, dass sich diese – bei aller Komplexität und der Pluralität der kommunalen Modelle – letztlich auf wenige große Themen reduzieren lassen:

Die Mitte der 70er Jahre in Karlsruhe und Trier begonnene Modernisierung der sozialen Arbeit durch eine Regionalisierung von Angeboten der Jugendhilfe wurde 20 Jahre lang diskutiert und insbesondere im Bereich der Erziehungshilfen auch umzusetzen versucht. Als genereller Lösungsansatz für alle Leistungen galt das Regionalisierungsprinzip jedoch lange Zeit als nicht durchführbar. Das Thema war weitgehend in den Hintergrund gerückt, erlebt aber zur Zeit eine neue Blüte. Wie auch immer diese Entwicklung eingebunden wird, sie hat eine starke Wurzel in der Jugendhilfe-Debatte um Lebenslagen, Zielgruppen, sozialräumliche Orientierung, „Soziale Stadt“-Projekte und zivilgesellschaftliche Transformation. Ihren Schwung bekommt die Debatte aber durch die Ansätze des neuen Steuerungsmodells, der dezentralen Ressourcenverantwortung sowie der Begleitung durch Controlling, Berichtswesen und Qualitätssicherung. Die Einbindung der Jugendhilfeplanung in diesen Prozess – sowohl als Gestalter als auch als Modellfall – ist die Überraschung dieses Workshops, denn die Jugendhilfeplanung stand lange Zeit in der Gefahr, durch Controlling-Prozesse verdrängt zu werden.

Auch die Debatten um die Einheit der Jugendhilfe, die bei den Überlegungen zur Neuorganisation der Jugendämter (Umwandlung in Fachbereiche u.ä.) manchmal in den Hintergrund zu treten schienen, sowie um die Rolle des Jugendhilfeausschusses deuten darauf hin, dass die Politik in die Modernisierungsprozesse bisher kaum eingreift. Hier besteht in nahezu allen Kommunen Nachholbedarf.

Insgesamt ist der Anteil der Modernisierungselemente im Bereich der Jugendhilfe geringer als zu erwarten war, was an den besonderen pädagogischen Dienstleistungen dieses kommunalen Aufgabenfeldes liegen dürfte. Viele Modelle sind zudem erst vor kurzem vom Pilotprojekt zur generellen Verfahrensregel geworden, so dass tiefer gehende Evaluationen derzeit noch nicht vorlagen.

Für das nächste Jugendhilfe-Jahrestreffen wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Thema „Kommunale Konzepte für soziale Stadtteilentwicklungsprojekte“ vorgeschlagen, wobei die Treffen auch bundesweit angelegt werden könnten.

Die Ergebnisse dieser Veranstaltung werden in der Difu-Materialienreihe veröffentlicht.

Weitere Informationen:

**Dipl.-Ing.
Heidrun Kunert-Schroth**
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

I M P R E S S U M

berichte – Informationen über
Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

ISSN 1439-6343, Jahrgang 27

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion

Petra Drexler (Praktikantin)
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Eva Hernández
Elke Postler

Buchbestellungen bitte nur schriftlich an:

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-256/-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
E-Mailverteiler:
www.difu.de/difu-news
Internet: www.difu.de

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Druckerei Wilhelm Schwarz KG

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die Berichte werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

~~Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin, Fax 030/39001-275
Telefon: 030/39001-256/253, E-Mail: verlag@difu.de, Internet: http://www.difu.de~~

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

! Schriften-Bestellungen nur über den Verlag W. Kohlhammer:
Telefon: 0711/7863-280, Telefax: 0711/7863-430

- __Expl. **Stadt & Region – Kooperation oder Koordination?**
Ein internationaler Vergleich
Hrsg. von Werner Heinz
2000. 568 S., Abb., Tab., Übersichten,
Euro 37,50/DM 73,35, ISBN 3-17-016621-2

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **Straßennutzung und Stellplatzpflicht**
Zur Entwicklung öffentlicher Räume
mit vielfältigen Nutzungschancen
Von Michael Lehmbrock
2000. Bd. 32. 168 S., Euro 23,-/DM 45,-
ISBN 3-88118-304-3
- __Expl. **Städtebauliche Verträge – ein Handbuch**
Zweite, grundlegend überarbeitete und
erweiterte Auflage
Von Arno Bunzel, Diana Coulmas und
Gerd Schmidt-Eichstaedt
1999. Bd. 31. 328 S., 38 Regelungsbeispiele,
6 Übersichten, Sachregister, Euro 31,70/DM 62,-
ISBN 3-88118-292-6

Materialien

- __Expl. **Einkaufen mit oder im Netz?**
1. Werkstattbericht „E-Shopping und Kommunen“
Hrsg. von Luise Adrian und Christine Siegfried
Bd. 5/2001. Ca. 200 S., Schutzgebühr ca. Euro 23,-/
DM 45,-, ISBN 3-88118-314-0
- __Expl. **Kommunale Fort- und Weiterbildung aus Sicht
der Beschäftigten**
Methodik und Ergebnisse von Mitarbeiterbefragungen
Von Michael Bretschneider
Bd. 4/2001. 226 S., 110 Tab., 16 Übers.,
Schutzgebühr Euro 23,-/DM 45,-, ISBN 3-88118-312-4
- __Expl. **Privatisierung und Wettbewerb in der
Abfallwirtschaft**
Kommunale Hausmüllentsorgung vor neuen
Herausforderungen
Hrsg. von Otto Huter, Gerd Kühn und Stephan Tomerius
Bd. 3/2001. 208 S., Schutzgebühr Euro 20,-/DM 39,-
ISBN 3-88118-311-6
- __Expl. **Planspiel zur Durchführung der UVP
in der Bauleitplanung**
Stellungnahme der Planspielerinnen und Planspieler
zum Gesetzentwurf
Hrsg. von Arno Bunzel
Bd. 2/2001. 210 S., Schutzgebühr Euro 18,-/DM 35,-
ISBN 3-88118-310-8

- __Expl. **Probleme der Stadtentwicklung und
Kommunalpolitik 2000**
Bearb. von Michael Bretschneider
Bd. 1/2001. 116 S., Schutzgebühr Euro 18,-/DM 35,-
ISBN 3-88118-305-1
- __Expl. **Information, Kommunikation und Multimedia
in den Städten
Teil II: Handlungsfelder Wirtschaft/Arbeit und
Infrastruktur**
Von Busso Grabow
Bd. 6/2000. 100 S., Schutzgebühr Euro 15,-/DM 30,-
ISBN 3-88118-990-4

Arbeitshilfen

- __Expl. **Budgetierung in der Stadtverwaltung**
Von Birgit Frischmuth u.a.
2001. 366 S., 104 Abb., 9 Tab., 3 Übers.,
Schutzgebühr Euro 30,17/DM 59,-
ISBN 3-88118-308-6
- __Expl. **Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**
Von Anton Strunz und Marie-Luis Wallraven-Lindl
2000. 166 S., mit Beispielen und Literatur,
Schutzgebühr Euro 25,56/DM 50,-
ISBN 3-88118-303-5

Umweltberatung für Kommunen

- __Expl. **Flächenrecycling als kommunale Aufgabe**
Potenziale, Hemmnisse und Lösungsansätze
in den deutschen Städten
Von Stephan Tomerius und Thomas Preuß
2001. 152 S., Schutzgebühr DM 35,-/Euro 18,-
ISBN 3-88118-307-8
- __Expl. **Energie sparen – Kosten reduzieren**
Fachkongress-Dokumentation
Hrsg. von Annett Fischer
2001. 162 S., Schutzgebühr Euro 20,50/DM 40,-
ISBN 3-88118-309-4

Aktuelle Information

- __Expl. **Kommunale Wirtschaftsförderung in der
Bundesrepublik Deutschland**
Ausgewählte Ergebnisse einer Umfrage im Jahr 2000
Von Beate Hollbach-Grömig
2001. 20 S., 23 Abb., 4 Tab.,
Schutzgebühr Euro 5,-/DM 10,-

Zeitschriften

- __Expl. **Informationen zur modernen Stadtgeschichte**
Halbjahresschrift
Heft 1/2001: „Flüchtlinge in den Städten nach 1945“
102 S., Einzelpreis Euro 10,-/DM 20,-
Jahresabo (2 Hefte) Euro 16,-/DM 32,-
ISSN 0340-1774

Bitte senden Sie
mir ein Verzeichnis
aller lieferbaren
Difu-Publikationen
zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle/Institution: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____

Bestellschein 2/01

